



**FDP-Fraktion  
im Balingen Gemeinderat**

## **Haushaltsrede 2011**

### **Gemeinderatssitzung am 22.02.2011**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren,

die Wirtschaft im Aufschwung, steigende Steuereinnahmen werden erwartet, alles wieder gut nach der Krise? Die Neigung, dies so zu sehen, ist verlockend. **Aber die Realität unser Stadt** verbietet eine solche rosige Sicht. Die Lage der Stadt Balingen ist nicht so. **Die Schulden wachsen und wachsen**. Seit 2007 Jahr für Jahr. Jetzt - nach Plan - auf ein Rekordhoch von über 30 Millionen Euro. Anders ausgedrückt: Die Stadt Balingen bezahlt jeden Tag über 3.500 € für Zinsen! Wir haben schon letztes Jahr zum wiederholten Mal darauf hingewiesen. **Und wir**, die FDP-Fraktion, **haben von der Verwaltung Ideen, Lösungsvorschläge**, z.B. auch bezüglich Aufgabenreduzierungen, die zu Einsparungen führen, **gefordert**. **Gekommen ist leider recht wenig**. Im Gegenteil: Das Geld scheint nach wie vor locker zu sitzen.

Was ist der Verwaltungsspitze eingefallen? Zunächst eine **Grundsteuererhöhung**. Sie soll 270.000 € bringen. Wir, die FDP-Fraktion, halten dies für den **falschen Weg**. Wir haben dies in der Haushaltsvorberatung im Einzelnen dargelegt. Vor allem: Die Grundsteuer trifft neben Gewerbetreibenden hauptsächlich die Mieter. Mieter sind jedoch durch die enormen Erhöhungen der Nebenkosten genug belastet.

Ja, und dann kommt der Vorschlag, zur Reduzierung der Schulden der Stadt bei den Stadtwerken eine **Kapitalentnahme von 1 Million Euro** zu machen. Dies kostet die Stadt 150.000 € Körperschaftssteuer! Es kommen also nur 850.000 € im städtischen Haushalt an. Mehr als die Hälfte der geplanten Grundsteuererhöhung geht dafür

drauf. Dafür steigen die Schulden im Eigenbetrieb Stadtwerke. Dieses Vorhaben ist **reine Haushaltskosmetik – eine teure!** Eine **Schuldenverlagerung** aus dem städtischen Haushalt hinaus, um die **wahre Neuverschuldung zu verschleiern**. Das gab es in der Stadt Balingen noch nie. Wir waren bislang stolz, Schulden nicht auf städtische GmbHs u. a. auszulagern. Jetzt wird der Anfang gemacht. Nach unserer Auffassung ist das ein **gewichtiger Sündenfall**. Die beschwichtigende Erklärung, man greife am Jahresende nur dann darauf zu, wenn es nötig sei, verbessert nichts. „Nötig“ ist das überhaupt nicht, das ist **schlicht ohne Sinn und verkehrt!** Wir, die FDP-Fraktion, lehnen dies entschieden ab. Dieser Punkt für uns so gewichtig, dass wir dem Haushaltsplan nicht zustimmen. **Wir werden den Haushaltsplan** in dieser Fassung **ablehnen**. Bitte verstehen Sie unsere Ablehnung des Haushalts **als einen Ansporn**, genau über diesen Punkt – „Kapitalentnahme bei den Stadtwerken in Zeiten geplanter Verluste“ – nochmals intensiv nachzudenken. Über **zwei Dinge** würden wir uns am Ende des Jahres **wirklich freuen**: **Erstens**, wenn sich Ihre Hoffnung, nicht auf die Kapitalrücknahme zurückgreifen zu müssen, aus finanziellen Gründen erfüllt. **Noch mehr** würden wir uns **zweitens** darüber freuen, wenn Sie bis dahin wie wir zu der Erkenntnis gelangen würden, dass die **Verschiebung von Schulden** vom einen in den anderen Haushalt wirklich **keinerlei substantielle Verbesserung** unserer finanziellen Lage herbeiführt.

**Wir freuen uns** dagegen, dass unser Antrag, den **Zuschussbedarf für die Stadthalle zu deckeln**, eine Mehrheit gefunden hat. Das ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Dem müssen weitere – bei der Stadthalle und in anderen Bereichen – folgen. Um keinen falschen Eindruck zu erwecken: **Wir, die FDP-Fraktion**, betrachten die **Stadthalle und den Kulturbetrieb** in unserer Stadt **grundsätzlich als wichtig und richtig**. Und trotzdem sollten wir uns angesichts einer Vielzahl anderer kommunaler Aufgaben auf das **Machbare** und auf das **Finanzierbare konzentrieren**. Auch bei der noch zu führenden **Grundsatzdebatte über die Zukunft der Kunstaustellungen** in unserer Stadt sollten wir uns genau von diesem Grundsatz leiten lassen. Wir bitten hier wirklich darum, diese Debatte noch **sehr bald** in diesem Jahr und vor allem auch **ergebnisoffen** zu führen.

Ein **klares und richtiges Signal** des Gemeinderats ist auch die **Streichung des** von der Verwaltung vorgesehenen **Sperrvermerks** betreffend die Erschließung weitere

Bauplätze in Heselwangen. So etwas gab es in der Vergangenheit in Balingen noch nie und wäre mit der beschlossenen **Stärkung** und der **Bedeutung der Ortschaftsräte** nicht vereinbar gewesen. Die Ortschaftsräte sollen hier wirkliche Entscheidungsfreiheit haben, ein Sperrvermerk hätte diese stark eingeschränkt. Wir denken, die Ortschaftsräte sind durchaus in der Lage, Entscheidungen zu treffen, die sowohl die Interessen des Kämmers als auch der Ortschaft miteinander vereint. Und das ganz ohne Druck „von oben“. Wir sollten diese Art von Sperrvermerken auch weiterhin sein lassen.

Wenn ich gerade bei den **Ortschaftsräten** bin: Dort werden nach guter Übung stets die anstehenden **Bauanträge beraten** und es wird eine Stellungnahme dazu abgegeben. In der **Kernstadt**, in der es keinen Ortschaftsrat gibt, **findet solches nicht statt. Warum** wehrt sich die Verwaltung so vehement, dass wichtige Bauvorhaben in der Kernstadt – es geht nicht um jeden Carport – **öffentlich** im Technischen Ausschuss vorgestellt und ggf. auch diskutiert werden? Dass die Stadt als Baubehörde dazu rechtlich nicht verpflichtet ist, ist unseres Erachtens kein Argument. Denn rechtlich nicht verpflichtend, heißt nicht, es ist verboten. Vielmehr ist es durchaus erlaubt. Greifen sie doch auf die Kompetenz der Stadträte zu! Die Sicht von Außenstehenden kann durchaus ab und an auch den Horizont der Fachleute erweitern. Bei öffentlicher Darstellung im Vorfeld steigt doch auch die Akzeptanz. Und der Verdacht von Mauseheleien wird im Keim erstickt. Dazu kommt: Die Bürgerinnen und Bürger sprechen die Mitglieder des Gemeinderats an. Wir müssen dann entweder sagen, wir wissen nichts. Oder wir müssen sagen: wir dürfen nichts sagen, weil wir nur nicht-öffentlich unterrichtet worden sind. Herr Oberbürgermeister, **bitte überdenken Sie** doch Ihren **Standpunkt** und **fördern Sie die Transparenz**.

**Noch nicht weiter gekommen** sind wir seit der letzten Haushaltsverabschiedung beim **Thema „Entrümpelung von Bebauungsplänen“**. In der Märzrunde soll dies nun im Gremium diskutiert werden. Wir sind gespannt auf den Vorschlag der Verwaltung. **Wir, die FDP-Fraktion**, sind der Überzeugung, eine **größere Gestaltungsfreiheit für die Bauherren** bei Beachtung des Nachbarschutzes wäre ein **Fortschritt für die Stadt**, auch unter ökologischen Aspekten. **Nebeneffekt** wäre eine Entlastung des Hochbauamts von langen Diskussionen um Befreiungen. Zur Problemverdeutli-

chung: Kürzlich wurde einem **Bauantrag mit 12 Befreiungen** von der Stadt zugestimmt!

**Enttäuscht**, Herr Oberbürgermeister, **sind wir**, die FDP-Fraktion, **vom Ergebnis** Ihrer bisherigen, Ihnen vom Gemeinderat aufgetragenen Bemühungen zur Sondierung und mittelfristigen Umsetzung einer **kreisweiten Tourismusförderung** in Kooperation mit den anderen Städten und Gemeinden. Der Vorschlag wurde im Aufsichtsrat der WFG behandelt und abgelehnt. **Das war es dann**. Wir sind uns wirklich bewusst, dass wir Ihnen da eine schwierige Aufgabe gegeben haben. Trotzdem hätten wir uns hier etwas mehr Leidenschaft und Kampfeswillen für die gemeinsame Sache erwartet. Auch Konzepte wurden erst gar nicht entwickelt. **Da fehlt es nach wie vor am Miteinander**. Vielleicht müssten Sie da erst mal versuchen, die kleineren Gemeinden ins Boot zu holen. **Wir, die FDP-Fraktion**, sind nach wie vor überzeugt, dass die Tourismusförderung in unserer Gegend **nachhaltig nur erfolgreich** sein kann bei einem **gemeinsamen Auftreten als Tourismusregion Schwäbische Alb / Zollernalb**. Wir müssen – weit mehr als bislang bei der WFG, die gute Arbeit leistet – die Tourismusförderung **zentral koordinieren und weitgehend auf eine gemeinsame Einrichtung (Touristenbüro Zollernalb)** übertragen. Wir wollen da eine **Weiterentwicklung**. Anregungen könnten wir uns holen bei den Kooperationen im Nord- und im Südschwarzwald. Dort wurde in den letzten Jahren auf diese Weise viel bewegt. Dies alles muss nicht bei der WFG angesiedelt sein. Diese könnte sich auch auf die Wirtschaftsförderung im engeren Sinne beschränken. **Herr Oberbürgermeister**, werden Sie da **bitte erneut aktiv**, leisten Sie Überzeugungsarbeit bei den Bürgermeistern und Oberbürgermeistern. Das sind dicke Bretter, die Sie da bohren müssen. Fangen Sie an! Es wäre ein wirklich zukunftsweisende Lösung, hier an einem Strang zu ziehen. Das ist in unserem Kreis schwierig, aber **letztlich die einzige Möglichkeit, wenn wir hier gemeinsam erfolgreich sein wollen**.

**Bedauerlich finden wir**, dass auf Anregungen und Fragestellungen, die in Haushaltsreden angesprochen werden, seitens der Verwaltungsspitze teilweise überhaupt nicht reagiert wird. Schauen Sie bitte unsere letztjährige Haushaltsrede nochmals an, dann wissen Sie, was ich meine.

Nur einen Punkt möchten wir herausgreifen: die **Schaffung einer Gründerkultur**, eines Gründerzentrums, die **Schaffung qualifizierter Arbeitsplätze**. Was müssen wir beobachten? – Wir investieren viel Zeit und Geld in Kinderbetreuung sowie die Ausbildung der Kinder und Jugendlichen. Aber nach Abschluss der Ausbildung verlassen sie unsere Stadt und Region. Es gibt keine Arbeitsplätze. Den Profit ziehen der Großraum Stuttgart oder andere Gebiete. Wir denken, dies wird **eine primäre Aufgabe** für den neuen Wirtschaftsförderer sein. **Die Zeit drängt!**

**Wir versuchen** es mit einem weiteren **Gedanken**: Strukturelle Verbesserungen im Haushalt sind notwendig, ich hatte das eingangs angesprochen. Ein möglicher Weg wäre die **Kooperation** mit anderen Städten und Gemeinden oder dem Landkreis **in ausgewählten Bereichen**. Das gibt Synergieeffekte, das gilt nicht nur für den Tourismus. **Ein kleines Beispiel**: Das **Waffenrecht**: Hier sind große Spezialkenntnisse erforderlich. Gesteigert wird das jetzt noch durch das bis Ende 2012 einzuführende elektronische Waffenregister. Im Landkreis gibt es vier Waffenbehörden, in ganz Hamburg eine! Klar, die Zahl der Waffenbehörden können wir nicht verkleinern. Aber durch eine Verwaltungsvereinbarung dürfte es möglich sein, die Aufgaben zu konzentrieren bzw. zu übertragen. Als ich letzte Woche im Verwaltungs- und Finanzausschuss des Kreistages diese Idee vorbrachte, erklärte der Landrat. „Da rennen Sie offene Türen bei mir ein.“ Die Stadt Balingen könnte da, wenn die anderen größeren Städte sich nicht beteiligen wollen, sogar einen Alleingang mit dem Landkreis starten. Ein **Pilotprojekt**. Es gibt dann später weitere Bereiche. Ich nenne Ausländerbehörden, Verkehrsbehörden, EDV. Wir müssen **neue Wege bestreiten, wenn wir vorwärts kommen wollen!**

Gerade weil für den **Ausbau der Kinderbetreuung** – Kindergärten, altersgemischte Gruppen, Kinderkrippen – und die **Betreuung der Schülerinnen und Schüler** außerhalb der Unterrichtszeiten erhebliche Mittel aufgewendet werden müssen – wir unterstützen diese Maßnahmen ausdrücklich - , ist es **zwingend notwendig, Mittel und Wege nach Einsparungen** auf anderen Gebieten zu suchen. Denn die Stadt muss rasch den **hohen Schuldenstand abbauen** und benötigt große Summen **für Zukunftsinvestitionen**. Genannt seien nur der Erhalt des Vermögens durch Gebäudesanierungen, insbesondere der Schulen, Kanalunterhaltung, Sportanlagen, Straßenerneuerung, Feldwege. Aber auch Investitionen in Neues sind notwendig. Als

Stichworte seien über die im diesjährigen Plan hinaus enthaltenen Maßnahmen nur genannt Sanierung und Erweiterung Au-Stadion, Lochenbad Weilstetten, Dorferneuerung Zillhausen, Kreisverkehr Ostdorfer Straße/Grünwaldstraße, Bahnübergang bei der Waldorfschule, Südbahnhof in der Kernstadt, Erschließung von Baugebieten.

**Es gibt viel zu tun. Mehr Kreativität ist angesagt!**

Dem Dank meiner Vorredner schließe ich mich an.

Dr. Dietmar Foth  
Fraktionsvorsitzender  
FDP-Fraktion